

# Droht eine Renationalisierung der Arbeitsmärkte?



**HERBERT BRÜCKER** ist Forschungsbereichsleiter Internationale Vergleiche und europäische Integration am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.

„Ja, wie man jüngst in Großbritannien sehen konnte: Dort forderten Arbeiter mit dem Slogan ‚British jobs for British workers‘ die Entlassung ausländischer Arbeitnehmer. In der gegenwärtigen Krise, wo die Arbeitslosigkeit in wichtigen Zuwanderungsländern in Europa – Großbritannien, Irland und Spanien – ansteigt, wird die Migration dramatisch zurückgehen.“

Die Renationalisierung der Arbeitsmärkte kann fatale ökonomische Folgen haben. Arbeitsmobilität unterstützt die Anpassung an wirtschaftliche Schocks. Während die wirtschaftlich motivierte Rückwanderung Teil dieser Anpassung sein kann, behindern politisch erzwungene Wanderungsbewegungen diesen Prozess. Empirische Studien zeigen, dass der überwiegende Teil der Zuwanderung von den Arbeitsmärkten in den Einwanderungsländern aufgenommen wird, ohne dass die Arbeitslosigkeit steigt.

Zudem sollte berücksichtigt werden, dass sich eine Abschottung wechselseitig auswirkt: Deutschland ist sowohl Einwanderungs- wie Auswanderungsland. Die politisch erzwungene Rückkehr der deutschen Emigranten würde zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten in Deutschland führen.“



Fotos: IAB (U.), ETUI

**MARIA JEPSEN** leitet die Forschungsabteilung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) in Brüssel.

„Nein – die gegenwärtige Krise wird nicht zu einer Renationalisierung der Arbeitsmärkte führen. Die europäischen Gewerkschaften haben die vier Freiheiten im Binnenmarkt stets unterstützt. Zu ihnen gehört die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Jüngste Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes jedoch belasten diese prinzipielle Unterstützung schwer. Wir brauchen deshalb politische Weichenstellungen, die allen Arbeitnehmern gleiche Rechte garantieren und sozialen Fortschritt als EU-Ziel ausweisen: Dazu gehören ein Nein zum Herkunftslandprinzip bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung sowie die Anerkennung des Primats des Sozialen vor der Ökonomie.“

Die Vorstellung einer Renationalisierung der Arbeitsmärkte fällt schwer. Unschwer kann man sich jedoch einen Anstieg an Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und sozialen Unruhen vorstellen, wenn die Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Wer den Ruf nach Protektionismus verhindern will, muss für soziale Sicherheit sorgen.“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: [redaktion@boeckler.de](mailto:redaktion@boeckler.de)